

Hoffnung auf neues Beginnen des SDS

Von Waldemar von Knoeringen

Am 30. Juli findet in Göttingen die diesjährige Delegiertenkonferenz des SDS statt. Ungewöhnlich früh musste diese Konferenz einberufen werden und aussergewöhnlich sind auch die Aufgaben, die den Delegierten gestellt sein werden.

Um es gleich vorweg zu sagen: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund ist eine selbständige und von der SPD unabhängige Organisation. Andererseits hat es in den letzten Monaten im SDS eine Reihe von Ereignissen gegeben, die von der Sozialdemokratischen Partei mit Sorge betrachtet wurden und die die Frage aufkommen lassen mussten, ob der SPD eine weitere freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem SDS noch möglich sei.

Es würde zu weit führen, diese Ereignisse im einzelnen darzustellen. Musste schon die Haltung eines Teiles der Mitglieder des SDS auf dem Berliner Studentischen Kongress gegen die Atombewaffnung bedenklich stimmen, so kam auf dem Frankfurter Kongress für Demokratie deutlich eine Haltung zutage, deren einseitig kritische Einstellung gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung nur in der Bundesrepublik verbunden mit einer bedenklichen Kritiklosigkeit gegenüber den Propagandathesen der kommunistischen SED die Sozialdemokratie schärfstens verurteilen muss. Man sagt, dass in Frankfurt nur eine Minderheit der Delegierten aus Mitgliedern des SDS bestanden habe und dass man jungen Menschen das Recht auf radikale politische Einstellungen zubilligen müsse. Aber auch dann bleibt die fatale Tatsache, dass durch die Beschlüsse des Frankfurter Kongresses des SDS der ganze Verband ins Zwielicht gerückt wurde.

Präsidium und Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben es begrüsst, dass im SDS nach dem Kongress offenbar ein Prozess der Selbstbesinnung eingetreten ist, bzw. die Kräfte sich durchzusetzen beginnen, die bereit sind, weiterhin mit der Sozialdemokratischen Partei vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Die Sozialdemokratische Partei wird ihre zukünftige Stellung zum SDS davon abhängig machen, wieweit dieser Prozess der Klärung im SDS erfolgreich ist.

Die Delegierten werden in Göttingen selbst darüber zu entscheiden haben, ob ihr Verband eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der SPD herzustellen vermag. Die SPD kann ihrerseits zu dieser Zusammenarbeit Ja sagen, wenn die Garantie dafür geboten ist, dass sich Ereignisse, wie beim Frankfurter Kongress nicht wiederholen und wenn Klarheit darüber geschaffen ist, dass zwischen der SPD und dem SDS Übereinstimmung in entscheidenden politischen Grundauffassungen besteht.

Zu diesen entscheidenden Punkten gehören: Das klare Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, eine eindeutige Abgrenzung gegenüber der kommunistischen Ideologie und der totalitären Herrschaftsform des Kommunismus. In der politischen Praxis heisst das: nicht nur Kritik an den überlebten Formen des Kapitalismus und den Gefahren restaurativer Entwicklungen in der Bundesrepublik, sondern vor allem eine Auseinandersetzung mit der imperialistischen Machtpolitik des Kommunismus und mit seinen Unterdrückungsmethoden. Ein eindeutiges Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus.

Diese Grundsätze des demokratischen Sozialismus sind in den Dokumenten der Sozialistischen Bewegung immer wieder hervorgehoben und im einzelnen dargestellt worden. Sie sind die Leitgedanken, die sich in der Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 ebenso finden, wie im Berliner Aktionsprogramm der SPD und in seiner Präambel. Sie sind in den Beschlüssen der Parteitage der SPD immer wieder bekräftigt und verdeutlicht worden.

In der Erklärung der Internationale heisst es: "Die Sozialisten erstreben mit demokratischen Mitteln eine neue Gesellschaft in Freiheit. Der Sozialismus kann nur durch Demokratie verwirklicht, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden." Auf dem Stuttgarter Parteitag wurde beschlossen: "Weder Kommunismus noch Kapitalismus sind fähig, diese Aufgabe zu erfüllen. Der Kommunismus erschöpft sich in einer Vergottung des technischen Fortschritts und der politischen Macht. Der Kapitalismus zieht seine Antriebskräfte aus dem Streben nach eigensüchtigem Vorteil. Im Kommunismus wird der Mensch bewusst zum blossen Objekt gemacht; im Kapitalismus ist der Mensch auf dem Wege, unbewusst zum blossen Objekt zu werden. Beide missachten den Menschen und seine Würde, beide hindern seine freiheitliche kulturelle Entwicklung."

Soweit diese Grundsätze infrage stehen, gibt es für die Sozialdemokratische Partei keinen Kompromiss. Hier fordert die SPD das klare und uneingeschränkte Ja. Eine gemeinsame Arbeit mit befreundeten Organisationen ist nur möglich, wenn diese Prinzipien nicht infrage gestellt werden.

Ich hoffe, dass die Delegiertenkonferenz des SDS einem Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Gelegenheit gibt, dazu entsprechende Erklärungen abzugeben. Die SPD ist entschlossen, mit aller Eindeutigkeit klarzumachen, worum es ihr geht. In einer Situation, wie sie nunmehr entstanden ist, kann nur eine eindeutige und offene Sprache die Atmosphäre bereinigen.

Im Interesse einer Vertretung sozialdemokratischer Ideen im Bereich der Studentenschaft und der Entwicklung einer auf die Zukunft gerichteten Hochschulpolitik darf der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, dass die Delegiertenkonferenz des SDS einen neuen Abschnitt einer ehrlichen und erfolgreichen Zusammenarbeit der sozialistischen Studenten mit der Sozialdemokratischen Partei einleitet. Das besonders im Hinblick auf die grossen Aufgaben und die harten Auseinandersetzungen, denen wir entgegengehen.

Atombomber-Invasion in die Bundesrepublik

In Kürze werden amerikanische Flugzeuggeschwader aus Frankreich nach Deutschland verlegt, die mit Atombomben ausgerüstet sind. Es wird sich wohl schwerlich jemand in der Bundesrepublik finden, der ernsthaft behaupten könnte, daß sich unsere Sicherheit durch diese Maßnahme erhöht. Durch diese Verlegung wird die Bundesrepublik in verstärktem Maße exponiert und ihr Charakter einer Militärbasis im Spannungsfeld der weltpolitischen Gegensätze tritt wieder einmal deutlich zutage.

Viel beachtlicher jedoch ist die Ursache, für diese Invasion modernster Atombomber-Einheiten in bundesrepublikanisches Territorium. Sie beleuchtet schlagartig die gespannte Situation im NATO-Lager und gibt Zeugnis für die Brüchigkeit dieses angeblich so wirkungsvollen Sicherheitssystems, über das auch die Ausgabe von dukatengoldenen Gedenkmünzen mit dem Bildnis von Franz-Josef Strauss nicht hinwegtäuschen kann. Die ganze Atombomber-Aktion ist ein Ausweichmanöver Amerikas vor Frankreichs starkem Mann de Gaulle, der ebenfalls nach dem Besitz atomarer Vernichtungswaffen strebt. Wozu, das wird er schwerlich vorher verraten. Jedenfalls weigert er sich, die Lagerung amerikanischer H-Bomben auf französischem Boden zu dulden, so lange ihm der Zugang zu diesen Atombomben-Depots und den damit verbundenen Atomgeheimnissen versperrt bleibt.

Doch die Amerikaner denken nicht im Traum daran, mit ihm ihre Atomgeheimnisse und Bombenvorräte zu teilen. Lieber gehen sie aus dem Lande - natürlich nur mit den Atomgeschwadern.

Wir fragen nur: Wie lange soll dieses Spiel mit den Waffen, die die Menschen in aller Welt in den Zustand beständiger Angst halten, eigentlich noch dauern? Wann wird man endlich ernsthaft beginnen, durch Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa wirkliche Sicherheit zu schaffen, nachdem erwiesen ist, daß die Sicherheitsproblematik mit Atombomben nicht mehr gelöst werden kann. Will man nicht endlich einsehen, daß ein Manipulieren an den Atomwaffen nur die Gefahr erhöht, das Pulverfaß zur Explosion zu bringen, auf dem wir alle sitzen.

Die Wissenschaft gehört der ganzen Welt

sp - Seitdem sich nach dem Kriege in dem Begriff "Europa" die Möglichkeit zu neuer, die nationalen Gegensätze überwindende Einheit der Nationen unseres Kontinents erschloss, sind die Bestrebungen erkennbar, überall das Etikett "europäisch" anzubringen. Mit ihm soll alles in die Sphäre des Supranationalen gezogen werden, gleichsam als Überhöhung und Verklärung alles bisherigen, wobei allerdings gesagt werden muss, dass diese Kenntlichmachung zu einer Entwicklung ins Äusserliche führt. Neuerdings bemüht man sich auch, der Institution der Universität das Wort "europäisch" vorzusetzen, um damit gewissermassen einen neuen europäischen Geist zu konstituieren und gleichzeitig zu institutionalisieren.

Eine solche Europäisierung der Universität ist jedoch ein Paradoxon. Schliesslich umfasst der Begriff: "Europa" einen geistigen Raum, der aus der Tätigkeit aller kontinentalen Universitäten unter Entfaltung ihres Geistes in der Bemühung um wissenschaftliche Erforschung der Seinsweise von Mensch und Welt herausgebildet worden ist. Seit ihrer Entstehung im Mittelalter haben die Universitäten sich um die Vermittlung universeller Bildung bemüht, dadurch die nationalen Grenzen überwunden und die Voraussetzung für die Herausbildung von geistigen Räumen überhaupt geschaffen. Wenn heute von Europa gesprochen werden kann, so primär als vor einem geistigen Raum, der ohne die Universitäten, so wie sie in ihrer jetzigen Form sind, gar nicht denkbar wäre.

Herausbildung einer europäischen Universität, wie sie kürzlich im Europarat gefordert wurde, wäre demnach ein Beginnen, neue Universitäten zu schaffen, die das leisten sollen, was die bisherigen Universitäten schon immer geleistet haben. Ausserdem würden durch Schaffung sogenannter "europäischer Universitäten" diese von den bereits bestehenden rangmässig abgehoben. Es würde ihnen in einer Weise ein höherer Rang zuerkannt, wie ihn die Wissenschaft

nicht verträgt. - Eine falsche Schichtung der Wissenschaftsorganisation wäre die unausbleibliche Folge.

Darüber hinaus ist es dem universellen Charakter der Universität durchaus angemessen, dass sie auch über den europäischen Raum hinaus einen weltweiten universellen ^{Raum des} Geistes schafft, der allein schon vom Begriff einer "europäischen Universität" her in Frage gestellt werden könnte. Schon heute lässt sich sagen, dass die Zusammenarbeit der Wissenschaften, die weltweite Ausmasse angenommen hat, ohne schädigende Rückwirkungen auf ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit keine auf den Begriff "europäisch" einschränkende Verpflichtung mehr verträgt. Auch diese Entwicklung zur Weltoffenheit liegt in der Tradition der Universität. Wissenschaft wäre nicht denkbar ohne die Mathematik der Araber, ohne die Einflüsse der indischen Philosophie, der Verbreitung aristotelischen Geistes durch Avicenna und Averroes, ohne das periodische System der Elemente eines Mendelejew, der Uranentdeckung einer Madame Curie, der Maasonenforschung der Japaner sowie der Relativitätstheorie eines Einstein, der nuklearen Entwicklung in den USA, der Quantentheorie eines Max Planck und der Kernspaltung eines Heisenberg. Wissenschaft ist durch weltweite Zusammenarbeit geworden und ohne weltweite Zusammenarbeit nicht mehr denkbar. Die Idee einer "europäischen Universität" ist demnach weder aus dem Geiste noch aus den Erfordernissen der Universitäten und der Wissenschaft heraus konzipiert.

Die Forderung der Zeit aber geht dort hin: Aufgeschlossenheit für die echten wissenschaftlichen Sorgen, Förderung der wissenschaftlichen und der nationalen Zusammenarbeit, Ermöglichung des Austausches von Lehrenden und Lernenden, und Erhöhung der Zuwendung finanzieller Mittel, damit die Universitäten im Sinne einer fortschreitenden Wissenschaft den erhöhten Anforderungen, die an sie gestellt werden, gewachsen sein können.

Eine unmögliche Verfahrensweise

Von Dr. Adolf Arndt, MdB

Der Westdeutsche Rundfunk brachte am 7. Juli 1959 in seiner Sendung "Echo des Tages" auszugsweise Originalübertragungen aus dem Münchener Spielbanken-Prozeß. Man hörte Stücke aus der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses und der Anklageschrift. Was man mit den Stimmen der beteiligten Gerichtspersonen übertragen hörte, war in der Form positiver Feststellungen abgefaßt. Die Gerichtspersonen sagten: Der Sowieso hat dies getan und der Sowieso hat jenes getan.

In einem Rechtsstaat ist es eine unmögliche Verfahrensweise, durch eine Rundfunkübertragung für die Öffentlichkeit den zwingenden Eindruck hervorzurufen, als ob die Feststellung der Wahrheit und der Schuldspruch bereits am Anfang der Gerichtsverhandlung stünden. Der unbefangene und insbesondere der unerfahrene Hörer müßte den sicheren Eindruck gewinnen, daß die ihm mit den Originalstimmen der Gerichts beteiligten vorgetragenen Ausführungen nicht etwa bloße Vorwürfe, sondern schon endgültige Ergebnisse seien. Das ist schlechterdings ein Skandal.

Ich habe nichts dagegen, daß der Rundfunk in lebendiger Weise - auch durch das Einblenden von Originalstimmen - anschaulich über Gerichtsverfahren berichtet. Ich halte es sogar für erwünscht, die Allgemeinheit mit Hilfe des Rundfunks über beachtliche Prozesse zu unterrichten und jedermann daran zu beteiligen. Die einfachste Selbstverständlichkeit hierbei sollte aber sein, daß jedem Hörer verständlich gemacht wird, daß es sich keineswegs bereits um erwiesene Wahrheiten handelt, sondern lediglich um Anklagebehauptungen und noch beweisdürftige Vorwürfe.

Der gerichtliche Eröffnungsbeschuß hat ja nicht die Aufgabe der Feststellung, daß sich etwas so und so ereignet habe. Sondern Sinn des Eröffnungsbeschlusses ist es, den Beschuldigten zu s c h ü t z e n . Die Staatsanwaltschaft soll nicht befugt sein, nach ihrem Ermessen jemand vor Gericht zu stellen. Die Schleiße des Eröffnungsbeschlusses hat vielmehr die Bedeutung, daß nach einer richterlichen Vorprüfung ein hinreichender V e r d a c h t bestehe, der eine öffentliche Gerichtsverhandlung erforderlich macht. Noch weniger kann und darf es der Sinn einer Anklageschrift sein, durch die Art ihrer stückweisen Verlesung über den Rundfunk den falschen Eindruck zu erwecken, die Behauptungen der Staatsanwaltschaft hätten Anspruch darauf, als erwiesene Wahrheiten zu gelten. Unbedingt muß daher dem Hörer unmißverständlich deutlich gemacht werden, daß es sich bei solchen Ausführungen um die B e s c h u l d i g u n g e n handelt, die von der Staatsanwaltschaft erhoben werden und gerade erst von einem unbefangenen Gericht in einer öffentlichen Beweisaufnahme noch geprüft werden sollen. Die Staatsanwaltschaft ist nur zuständig, etwas zu behaupten, aber sie hat keine Befugnis, ihre Behauptungen als die schon festgestellte Wahrheit auszugeben.

Ich weiß nicht, wer für diese Art der Sendung verantwortlich ist, ob das Gericht und die Staatsanwaltschaft oder ein Berichterstatter des Rundfunks. Auf jeden Fall muß gegen eine solche Art der Rundfunksendung schärfste Verwahrung eingelegt werden. Es schlägt dem Gedanken des Rechtsstaats ins Gesicht, daß Angeklagte - wer auch immer sie sein mögen - über den Rundfunk für schuldig erklärt werden, ehe die gerichtliche Prüfung der gegen sie erhobenen Vorwürfe überhaupt einsetzen konnte. Der Inhalt des Prozesses wird von dieser Kritik selbstverständlich nicht berührt.

+ + +

Unser politisches Portrait:

Willy Brandt - Weltreisender in Politik

sp - Willy Brandt's Weg zum Ruhm, den eine bedeutende politische Zeitschrift einmal eine "Blitzkarriere" genannt hat, erfolgte keinesfalls blitzartig. Er war lang und schwer und begann in schwieriger sozialer Situation. Sehr früh bildete sich in dem jungen Funktionär der Sozialistischen Jugend, der schon als Junge erfahren musste, was Not und Elend heisst, jene politische Eigenschaft aus, die heute als profilierte Haltung des Regierenden Bürgermeisters der von den Westmächten heiss umkämpften Stadt Berlin in aller Welt bewundert und geschätzt wird. In Julius Leber, einem der dynamischsten Temperamente der Weimarer Zeit, fand der junge Primaner seinen politischen und journalistischen Lehrer. In seiner Zeitung fand er Gelegenheit, die skandinavischen Reiseberichte seiner Ferienzeit zu veröffentlichen.

Ebenso hart wie seine Jugend war der Zwang nach Hitlers sogenannter Machtergreifung, seine deutsche Heimat verlassen zu müssen. Die Zeit aber, die er als Journalist in der Emigration verbrachte, ermöglichte ihm den Ablauf der weltpolitischen Katastrophe, die Hitler verursacht hatte, vom skandinavischen Blickpunkt her zu beobachten. Dort gewann er jene Sicherheit des Urteils, die nur ein politisch reifer und in fester politischer Tradition stehender Mensch gewinnen kann.

Alle Vorwürfe, die ihm später wegen seiner sozialistischen Herkunft und der sich daraus ergebenden politischen Frontstellung gegen alles Autoritäre zu treffen suchten, machte ihn nur noch populärer. Die Berliner lieben ihn wegen seiner anständigen und weltoffenen Art. Überall in der Welt wurde empfunden, dass mit ihm ein sauberer und bedeutender Politiker ins Land gekommen war, dessen Bemühungen nur einem Ziele dienen: der Welt die Problematik Berlins und damit Deutschlands verständlich zu machen, um gleichzeitig damit zu demonstrieren, dass die nationale deutsche Not ein Anliegen der ganzen Welt sein muss.

Die Sozialdemokratische Partei ist stolz darauf, in ihm einen Mann zu besitzen, der in Zukunft berufen sein wird, die Demokratie nicht nur in Berlin, sondern auch in der ganzen Bundesrepublik gegen jegliche Gefährdung zu schützen und den Weg dafür freizukämpfen, dass Deutschland in absehbarer Zeit in einem sozialen und demokratischen Staat wiedervereinigt werden kann. + + +

----- Verantwortlich: Günter Markscheffel -----